

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Katharina Schulze
Abg. Markus Blume
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Manfred Eibl
Abg. Florian von Brunn
Abg. Martin Hagen
Abg. Markus Plenk
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Thomas Huber
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Stephanie Schuhknecht
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Christian Zwanziger
Staatsminister Hubert Aiwanger

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

**"Bayerns Wirtschaft zukunftsfähig machen: Ökologisch-soziale Transformation
vorantreiben"**

Sie kennen das Prozedere. Jeder hat fünf Minuten Redezeit. Ich erteile als Erster für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Katharina Schulze das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer meint, dass nach dem Ankündigungsfeuerwerk von Markus Söder gerade eben Corona vorbei sei, der irrt. Solange wir noch keinen Impfstoff und keine Gegenmittel haben, müssen wir mit COVID-19 leben lernen. Deswegen hat die Bayerische Staatsregierung eine Fürsorgepflicht. Es braucht endlich ausreichend Schutzmaterial für alle Menschen, die im medizinischen und pflegerischen Bereich arbeiten. Es braucht aber auch verhältnismäßige und nachvollziehbare Regeln, die mit dem Infektionsschutz zusammengehen.

Das Coronavirus war für uns als gesamte Gesellschaft ein Schock, und es war natürlich auch ein Schock für unsere Wirtschaft. Wir hatten und wir haben einen Angebotschock, weil teilweise Lieferketten stoppten, weil Betriebe in Kurzarbeit gehen mussten. Wir hatten und haben aber auch einen Nachfrageschock; denn wenn Menschen hauptsächlich daheim sind, können sie nicht in Cafés verweilen oder reisen.

Gerade die bayerische Wirtschaft ist vom globalen Export und auch vom regionalen Tourismus abhängig. Die Auswirkungen sind stark zu spüren. Deswegen haben wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in der ersten Phase aus Überzeugung das viele Geld für die Soforthilfen mitgetragen, um in der akuten Krise allen zu helfen. Wenn wir uns dies jetzt etwas genauer ansehen, müssen wir aber sagen: Es gibt immer noch blinde Flecken. Es kann doch nicht sein, dass die Direkthilfen nicht zum Bestreiten der Lebenshaltungskosten verwendet werden dürfen. Mit der momentanen Regelung fallen Solo-

Selbstständige, zum Beispiel aus der Kreativszene in Bayern, durch das Raster. Da muss die Regierung dringend nachbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor zwei Wochen wurden 1.000 Euro für Künstlerinnen und Künstler angekündigt. Wir fragen uns mittlerweile, ob diese Ankündigung nur eine Fata Morgana war; denn es gibt bis heute weder ein Formular noch eine Stelle, an die man sich wenden kann, wenn man diese 1.000 Euro bekommen möchte, weil man als Künstlerin oder Künstler in der Künstlersozialkasse versichert ist.

Jetzt starten wir so langsam in die zweite Phase von Corona. Dabei müssen wir vor allem denjenigen gezielt unter die Arme greifen, die es besonders hart trifft, und für sie konkrete und kreative Perspektiven schaffen. Ich denke dabei an den Tourismus, die Gastronomie, die Eventbetreiberinnen und -betreiber und die Kulturszene – dazu wird mein Kollege Christian Zwanziger aber nachher noch ein paar Worte mehr sagen.

Ich finde es wichtig, Kolleginnen und Kollegen, dass wir, wenn wir heute über Wirtschaftspolitik sprechen, eben nicht nur über Corona und Soforthilfen reden, sondern auch immer den ökologischen und digitalen Modernisierungsbedarf nach vorne stellen; denn der bleibt weiterhin enorm. Es braucht also eine sozialökologische Transformation, und zwar schnell; denn, als wäre es nicht genug, wir haben nicht nur die Coronakrise, sondern wir haben auch weiterhin die Klimakrise. Sie schläft nicht während Corona, und gegen sie gibt es auch nicht die Hoffnung auf einen Impfstoff. Gegen die Klimakrise gibt es genau ein Mittel: die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir jetzt als Staat Milliarden in die Hand nehmen, müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nur alte Märkte reparieren oder doch nicht lieber neue Märkte bauen wollen. Der lächerlich billige Ölpreis mag für einige verlockend sein, um auf alte Technologien zu setzen, aber wir wissen: Die Zukunft liegt in erneuerbaren Energien und

einer grünen Wasserstoffwirtschaft. Die Zukunft liegt in digitalen Geschäftsmodellen und einer robusten Realwirtschaft, zum Beispiel in der Gesundheitsbranche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können es uns wirklich nicht leisten, so, wie vor zehn Jahren in der Krise, auf eine Abwrackprämie für alte Technologien wie den Verbrenner zu setzen. Wir brauchen vielmehr eine Mobilitätsprämie für Mobilität aller Art. Lassen Sie uns gemeinsam emissionsfreie Antriebe voranbringen, und dazu endlich auch den öffentlichen Verkehr. Das schafft Hunderttausende neue Arbeitsplätze und Mobilität für alle, und das sorgt für ein gutes Klima in der Stadt und auf dem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE ist, genauso wie für viele Unternehmerinnen und Unternehmer, die Zivilgesellschaft, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Gewerkschaften, die Sache klar: Das Geld, das wir jetzt mobilisieren, muss unsere Wirtschaftsweise auf klimaneutrale Technologien und digitale Innovationen umbauen. Nur so bleibt der Standort Bayern wettbewerbsfähig und nachhaltig, nur so schaffen wir die Jobs der Zukunft. Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch eine Frage von Generationengerechtigkeit – das staatliche Geld können wir nur einmal ausgeben.

Zum Abschluss noch ein kurzer Hinweis: Ich finde, wer "Whatever it takes" für Bayern sagt, muss "Whatever it takes" für Europa meinen. Wer in einer global vernetzten Welt immer nur bis zur eigenen Landesgrenze denkt, sieht nur einen beschränkten Horizont. Globale Krisen lösen wir immer nur im solidarischen Miteinander. Das gilt für Corona genauso wie für die Klimakrise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Markus Blume das Wort, der für die CSU-Fraktion die doppelte Redezeit in Anspruch nimmt. Damit spricht ein Redner weniger. Bitte schön.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern und unser ganzes Land stecken nach wie vor unverkennbar in der größten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ich finde, wir sind insgesamt und gerade auch als Parlament mit dieser Aufgabe, mit dieser Herausforderung sehr verantwortungsvoll umgegangen, und wir haben manchen parteipolitischen Graben einfach mal hinter uns gelassen.

Jetzt kommt natürlich die Phase, wo parteipolitische Unterschiede wieder erkennbar werden. Das muss auch so sein, weil Demokratie unter anderem das Ringen um den richtigen Weg bedeutet. Insofern, liebe Frau Kollegin Schulze, ist Ihr Anliegen hier mehr als verständlich. Wenn Sie aber ganz ehrlich wären, würden Sie möglicherweise zugeben: Sie sorgen sich nicht nur um die Wirtschaftsdaten, sondern vielleicht auch noch ein ganz kleines bisschen um Ihre eigenen Umfragewerte.

Davon abgesehen sage ich ganz deutlich: Wir müssen in der Tat den Blick nach vorne richten und überlegen, wie wir nicht nur diese größte Krise durchstehen – das ist die Akutphase, die wir immer noch haben –, sondern auch, wie wir danach durchstarten können. Zum Durchstehen: Dazu würde ich auch aus heutiger Betrachtung sagen, dass der Freistaat Bayern hier vieles verdammt richtig gemacht hat.

Wir haben vieles gemeinsam verdammt richtig gemacht. Wir waren das erste Bundesland, lieber Herr Kollege Aiwanger, mit einem Soforthilfeprogramm von größtmöglicher Bandbreite für Unternehmer. Wir sind das Land, das einen Rettungsschirm aufgespannt hat – einen größeren, als ihn die anderen Länder aufgespannt haben. Ich erinnere allein an die 60 Milliarden Euro. Das ist ein Rettungsschirm – zusammen mit Kredithilfen, Stundungen und vielem anderen mehr –, der sich sehen lassen kann. Dazu kommen natürlich die Programme des Bundes, Kurzarbeit und vieles andere, was hier einschlägig und wichtig ist.

Nach der akuten Phase des Durchstehens – da bin ich mit Ihnen einig, Frau Kollegin Schulze – kommt die Phase des Durchstartens. Wir müssen uns dann überlegen, wie

wir von der Akuthilfe dazu kommen, dass die Wirtschaft wieder selbst laufen kann. Falsch wäre es, an dieser Stelle zu glauben, jetzt sei die Zeit gekommen, um das Rad wieder zurückzudrehen. Ich sage das bewusst an die Kräfte, auch in unserem Parlament, die diesbezüglich möglicherweise etwas gefahrgeneigt sind. Ich sage ganz deutlich: Der Klimawandel macht keine Pause, weil wir gerade mit Corona beschäftigt sind.

Das andere große Thema bzw. die andere große Transformation ist die Digitalisierung. Auch sie wird weitergehen, und wir erleben, dass sich die digitale Transformation jetzt noch mehr beschleunigt, und zwar mit allen Folgen für die Frage der Zukunft der Wirtschaft und der Arbeit. Es wäre jedoch auch falsch, jetzt das umsetzen zu wollen, was bereits vor der Krise falsch war und was nach der Krise nicht richtiger geworden ist.

Durchstarten heißt für uns, zunächst einmal bei der Marktwirtschaft zu bleiben. Ich habe in den letzten Tagen vielfach gerade von grüner Seite, aber auch von den Linken gelesen, dass jetzt die Zeit wäre, das Wirtschaftssystem auf neue Füße zu stellen. Ich glaube, das wäre ein großer Fehler. Die Staatswirtschaft oder gar der Sozialismus hat unser Land noch nie weitergebracht. Die Marktwirtschaft ist das Erfolgsrezept der Bundesrepublik, und wir sollten bei dieser Marktwirtschaft bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist übrigens der große Unterschied zur Finanzkrise. Bei der Finanzkrise konnte man mit gutem Grund sagen: Da haben Unternehmen schlecht gewirtschaftet. Da wurden nicht entschuldbare Fehler gemacht, und deswegen ist die Hilfe des Staates in der Finanzkrise natürlich an sehr enge Regeln geknüpft gewesen. Jetzt würde ich sagen: Wir haben kein Versagen der Marktwirtschaft, sondern wir haben insgesamt eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Deswegen müssen die Instrumente und die Schlussfolgerungen andere sein.

Ein Beispiel ist die Lufthansa. Ich beobachte mit großer Sorge, was es für politische Kräfte bei der Frage gibt, wie man diesem Konzern helfen soll. Ich sage ganz deutlich: Ich möchte aus der Deutschen Lufthansa keine deutsche Alitalia machen. Ich möchte nicht, dass wir hier eine Staatsairline mit staatlichem Einfluss und vielleicht sogar noch mit einem politisch genehmigten Flugplan an den Start bringen. Denn was immer wir in der Welt gesehen haben: Eine solche Airline wäre am Ende des Tages nicht flugfähig. Wir wollen dafür sorgen, dass solche Unternehmen nach der Krise wieder durchstarten können. Dann darf der Staat aber nicht einer weitgehenden Verstaatlichung das Wort reden.

Wir sollten aber nicht nur bei der Marktwirtschaft, sondern auch bei Freiheit und Eigenverantwortung bleiben; Freiheit und Eigenverantwortung statt Dirigismus und – das war in der Vergangenheit schon die große Auseinandersetzung – Anreize statt Verbote.

Frau Kollegin Schulze, Sie sind jetzt nicht so sehr auf das eingegangen, was Ihre Partei am letzten Wochenende beschlossen hat. Ich habe mir durchgelesen, was Ihr Länderrat beschlossen hat; da haben Sie auch schöne neue Wortschöpfungen. Sie sind inzwischen große Freunde von ordnungsrechtlichen Vorgaben. Das Wort "Verbote" liest man nicht mehr, sondern stattdessen "ordnungsrechtliche Vorgaben". "Ordnungsrechtliche Vorgaben" ist einfach ein Euphemismus dafür, dass Sie weiterhin verbieten wollen.

Sie wollen in Ihrem Leitantrag an zahlreichen Stellen verbieten. Sie reden von ordnungsrechtlichen Vorgaben, zum Beispiel für eine Energieeffizienzoffensive. Ich sage ganz ehrlich: An dieser Stelle haben Sie immer noch nicht das aktuelle Gefühl, die Gefühlslage der großen Mehrheit der Bevölkerung getroffen.

Ich erinnere mich an ein Interview Ihres Parteivorsitzenden Robert Habeck in den "heute"-Nachrichten, in dem er den Hotel- und Restaurantbesitzern in der größten existenziellen Krise, die diese Branche je hatte, zurief: Die sollten doch jetzt mal die

Zeit nutzen, um ihre Ölheizungen auszutauschen. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, diese Branche hat im Moment wahrlich anderes zu tun. Es geht um den nackten Existenzkampf, um die Frage, wie man den eigenen Betrieb wieder an den Start bringt, und nicht um die Frage, wie man Ihren Überlegungen folgen kann.

(Beifall bei der CSU)

Auch bei dem zweiten Thema wäre es an der Zeit, manches neu zu betrachten. Ich erinnere an die große, leidenschaftliche Debatte über Fahrverbote. Plötzlich haben wir erlebt, dass die Mobilität stark eingeschränkt war. Viele waren – gezwungenermaßen – nicht mehr auf Mobilität angewiesen; das Auto konnte stehen bleiben. Und – Überraschung! –: Die Stickoxidwerte in den großen Städten Deutschlands sind nicht so stark zurückgegangen, wie es von Ihrer Seite immer behauptet wurde. Im Gegenteil, sie sind am Neckartor in Stuttgart und an der Landshuter Allee in München weiterhin relativ hoch; mitunter liegen sie sogar über den Grenzwerten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich war der Feldzug gegen das Auto von Ihrer Seite nicht nur in der Vergangenheit falsch, sondern er bleibt falsch. Es ist nicht der Feldzug gegen das Auto, der unser Land weiterbringt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich halte es – im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin Schulze – für richtig, dass wir uns überlegen, wie wir Mobilität voranbringen und die Automobilindustrie, übrigens die größte Branche unseres Landes, nach dieser Krise stärken können. Deshalb ist es zulässig, darüber zu reden, wie das mit Anreizen gelingen kann. Ich nenne hier die Innovationsprämie, die aus unserer Sicht zwingend notwendig ist.

Sie reden von einer "Mobilitätsprämie", meinen aber etwas ganz anderes; das haben Sie heute verheimlicht. "Mobilitätsprämie" heißt für Sie: Die Bürger sollen ihr Auto ste-

hen lassen und dafür prämiert werden. – Ich wundere mich aber, warum Ihre neue Bürgermeisterin in München dann so vehement darauf hinweist, dass sie schon gern einen Dienstwagen und einen Parkplatz direkt in der Münchner Innenstadt haben will, obwohl diese eigentlich autofrei werden soll. Das ist die grüne Doppelmoral, die nach Corona dieselbe geblieben ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Hört, hört! – Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Ich verstehe, dass Sie das beschäftigt, Frau Kollegin. Ich habe das Verhalten Ihrer neuen Bürgermeisterin auch nicht verstanden.

Ein Drittes: Entlastung statt Belastung – auch das bleibt richtig, das ist der richtige Weg. Nicht neue Dinge auf den Weg bringen! Ich verstehe, dass Sie überlegen, woher all das Geld kommen soll.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Da lese ich ganz verschämt von einem "neuen Soli als Lastenausgleich". Ich sage Ihnen, was von unserer Seite aus richtig ist: Wir wollen entlasten – die Bürger und die Unternehmen. Deshalb treten wir nicht dafür ein, einen neuen Soli zu erfinden, sondern dafür, den vorhandenen Soli abzuschaffen, und zwar für alle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das Vierte – Sie haben es am Ende angesprochen; dieser Punkt ist auch mir wichtig –: Bei allen Herausforderungen dürfen wir nicht den Fehler machen, jetzt in Richtung Schlendrian abzubiegen und Solidität hintanstellen zu lassen.

Übrigens, Frau Kollegin: Solidarität in Europa heißt nicht Schuldenvergemeinschaftung. Das ist Ihr großer Denkfehler. Gerade an dem heutigen Tag, da das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, dass man sich auch in Europa strikt an die Verträge hal-

ten muss und überhaupt keinen Verdacht aufkommen lassen darf, dass wir die Schulden von anderen Ländern übernehmen oder andere Staaten finanzieren, wäre es wünschenswert gewesen, dass auch Sie deutlich gesagt hätten, dass Sie zu den europäischen Verträgen stehen. Wir stehen gemeinsam für europäische Solidarität. Das aber bedeutet für uns gerade nicht, für die Vergemeinschaftung von Schulden auf europäischer Ebene zu sorgen, wie Sie es leider immer wieder fordern. Wir sagen sehr deutlich Nein zu Corona-Bonds und zu Eurobonds!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Letztes – in diesem Punkt sind wir, denke ich, beisammen –: Ich war erfreut zu lesen, dass auch Ihr Kollege Hartmann sich Gedanken über die Fragen gemacht hat, wie es mit der Wirtschaft weitergeht und wie man manches zusammenbringen kann. Dazu hat er unter der Überschrift "Klima schützen, Konjunktur stützen" etwas veröffentlicht. Das unterschreibe ich sofort, wenn Sie noch dazusagen würden, dass es die CSU war, die am 7. September letzten Jahres genau unter dieser Überschrift ihr Klimaprogramm veröffentlicht hat.

Meine Damen und Herren, das muss der Weg sein: Wir sollten die Interessen nicht gegeneinander ausspielen, sondern zusammenbringen. Wir wollen beides: die Konjunktur stützen und das Klima schützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat das heutige Geburtstagskind Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Liebe Frau Landtagspräsidentin, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ja, ich nehme meine Pflicht auch heute, an meinem Geburtstag, wahr. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, noch dazu bei diesem Thema: "Ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft".

Ich möchte an das erinnern, was Sie mir vor zehn Tagen vorgehalten haben, als ich hier zur Gastronomie gesprochen habe, für die heute – Gott sei Dank! – die ersten Lockerungen bekannt gegeben worden sind.

(Zuruf von der AfD)

– Ja, ich glaube, wir alle haben dazu beigetragen, dass der Druck so hoch geworden ist.

Vor zehn Tagen bin ich hier als verantwortungslos bezeichnet worden. Ich sage Ihnen: Was Sie den Bürgern zumuten wollen – das ist Ihre Grundeinstellung; aber jeder kann für seine Ziele streiten –, das bezeichne ich als verantwortungslos. In einer Zeit, in der Sie den Bürgern zumuten, aufgrund der Corona-Krise nur wenig Geld in der Tasche zu haben, denken Sie schon darüber nach, wie man später umverteilen kann. Sie denken heute über Sachen nach, die wir uns schlichtweg nicht mehr werden leisten können. Das halte ich für verantwortungslos.

Im Gemeinderat von Feldkirchen-Westerham haben wir vor Kurzem einen Haushalt mit restriktiven Maßnahmen beschlossen. Dann hat sich Ihre grüne Kollegin zu Wort gemeldet: Wir dürfen aber ja nicht die Klimamaßnahmen vergessen! – Alle anderen Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat haben dafür plädiert, jetzt erst einmal zu schauen, was nach der Krise noch übrig bleibt. Ich glaube, dann wird vieles auf den Prüfstand zu stellen sein.

(Beifall bei der AfD)

Schon länger, also schon in der Vergangenheit, ist die Wirtschaft mit ideologischen Vorhaben an die Wand gefahren worden. Ich erinnere an das Diesel-Mobbing. Lieber Herr Wirtschaftsminister Aiwanger, Sie haben heute früh im Radio – Gott sei Dank! – hervorgehoben, dass Dieselmotoren der neuesten Generation sehr umweltfreundlich sind. Auch wir, die AfD-Fraktion, haben immer gesagt: Wir brauchen ergebnisoffene Technologieforschung. Dieselmotoren der neuesten Generation sind auf alle Fälle för-

derfähig und förderwürdig. Genauso wollen wir es handhaben: Wir müssen pragmatisch, nicht ideologisch an die Sachen herangehen. Oder halten Sie es für richtig, dass in der schwersten Krise die Finanzierungen von Banken an "ökologische Aspekte" geknüpft werden? Neuerdings ist von solchen Auflagen zu lesen.

Im Tourismus, wofür ich auch Experte bin, ist es seit Längerem gang und gäbe, über Nachhaltigkeit zu diskutieren bzw. entsprechende Konzepte zu entwickeln. Wenn es aber zum Schwur kommt, dass etwa ein Almweg erschlossen werden muss, um heimischen Almbauern den Verkauf regionaler Produkte zu ermöglichen, dann habe ich schon oft vernommen, dass gerade die GRÜNEN diejenigen sind, die sagen: Der Almweg? Der geht natürlich nicht! – Man muss also, wenn man A sagt, auch B sagen und manche Sachen in Kauf nehmen.

Genauso ist es im Bauhandwerk mit dem Ziel der Energieeinsparung: Wenn Sie Anreize schaffen und nicht mit Vorgaben die Baupreise erhöhen, dann ist das der bessere Weg, um Bauen für Energieeinsparungen attraktiv zu machen.

Über die Energiewirtschaft haben wir im Wirtschaftsausschuss schon oft gestritten. Da sind wir grundlegend auseinander. Sie forderten eine Gas-Anhörung. Diese ist durchgeführt worden. Die Konsequenz daraus ist gewesen, dass selbst Gas als Grundlastträger von Ihnen abgelehnt worden ist.

Ich meine, Sie müssen einfach die Fakten für sich sprechen lassen. Ein Fakt ist, dass es nicht zu schaffen ist, bis 2022 – es ist besiegelt worden, dass Bayern bis dahin aus der Atomkraft aussteigt – die Grundlast durch Windenergie sicherzustellen. Also müssen wir pragmatische Lösungen suchen.

Am meisten amüsiert hat mich die Aussage von Frau Gisela Sengl in "B5 aktuell", dass unbedingt Ökoprodukte verkauft und in Schulkantinen und Mensen an den Mann gebracht werden müssten. Ökoprodukte – ja, es ist die Ironie dieses Volksbegehrens, dass spätestens 2030 mindestens 30 % Ökoprodukte produziert werden müssen. Klar ist: Eine Ausschreibung für das Gymnasium Waldkraiburg hat ergeben, dass die Öko-

produkte dann aus der Steiermark geliefert werden. Ein völliger Irrsinn! "Regional" ist das entscheidende Thema, nicht "öko". Wir müssen regional nachhaltig wirtschaften und dazu den regionalen Wirtschaftskreislauf ankurbeln. Wir müssen in allen Belangen der öffentlichen Daseinsvorsorge die Renationalisierung der Wirtschaft statt die Globalisierung vorantreiben. Gerade in der Gesundheitswirtschaft sind durch die Corona-Krise erhebliche Defizite aufgedeckt worden.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat nun der Kollege Manfred Eibl das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie führen aktuell zu einer schweren volkswirtschaftlichen Belastung. Um die Pandemie einzudämmen, wurden in einer freien Gesellschaft bisher beispiellose Maßnahmen ergriffen. Ein Großteil des gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Lebens ist damit zum Erliegen gekommen. Daher legen nun Bund und Länder Wirtschaftsprogramme auf. Wenn in großer Eile riesige Summen öffentlicher Mittel im Raum stehen oder bereitgestellt werden, dann sind die Begehrlichkeiten naturgemäß sehr groß. Interessenvertreter aller Bereiche fordern öffentliche Mittel im eigenen Sinne – vorzugsweise mit alten Wunschlisten.

Wir FREIE WÄHLER sind der Meinung, dass staatliche und wirtschaftliche Maßnahmen und Aufbauprogramme den Klimaschutz umfänglich mitdenken müssen. Auch wenn wir derzeit auf aktuelle Rettungsprogramme von Bund und Ländern verweisen können, so wird es in den nächsten Monaten vordergründig darum gehen, die wirtschaftliche Lage durch ein staatliches Aufbauprogramm zu stabilisieren. Wir müssen die politischen Gestaltungsräume so nutzen, dass die notwendige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gezielt vorangetrieben wird. Gegenwärtig betroffene Bran-

chen sollten nach allen Möglichkeiten der Nachhaltigkeit eine staatliche Begleitung erfahren.

Man muss aber auch berücksichtigen, dass staatliche Konjunkturprogramme nur eine Seite der Medaille darstellen – wenn sie auch sehr wichtig sind. Nun ist es aber auch an der Zeit, für unsere Unternehmen Grundlagen zu schaffen, damit sie aus eigener Kraft wieder zurückkommen können.

Bayern bringt als Innovationsstandort mit gut ausgebildeten Fachkräften, erfolgreichen Konzernen und Hidden Champions, den Stärken in der Business IT, mit einem innovativen Mittelstand und Handwerk gute Voraussetzungen mit, um die Zukunftsherausforderungen erfolgreich meistern zu können. Dabei sind ein hochspezialisierter und exzellent aufgestellter Mittelstand, Leitkonzerne im Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau sowie die Pharmaindustrie und die chemische Industrie sehr wichtige Stabilisierungsfaktoren.

Jedoch kommen derzeit wirtschaftliche Aktivitäten in einem noch nie dagewesenen Maß zum Erliegen – nicht nur in Bayern und Deutschland, sondern zeitgleich in nahezu allen Volkswirtschaften. Wir reden diesbezüglich – das muss man klar anmerken – von einer globalen Wirtschaftskrise, die unausweichlich auf uns zukommen wird. Weder ihr Verlauf noch ihr Ausmaß können aus heutiger Sicht seriös prognostiziert werden. Daher ist es wichtig, dass eine Vollbremsung der Volkswirtschaft und ein daraus resultierender Stillstand unter allen Umständen vermieden wird. Bayern ist ein sehr exportabhängiges Bundesland. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor der ökonomischen Krisenbewältigung wird die Sicherung und Stabilisierung des europäischen Binnenmarkts sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen uns aber auch eingestehen, dass wir kaum Erfahrung mit dem gezielten Herunter- bzw. Herauffahren von hochgradig arbeitsteiligen und vernetzten Arbeitsprozessen in der Wirtschaft haben. An einem Ziel müssen wir uns als politisch Verant-

wortliche in jedem Fall orientieren: In Abhängigkeit von der epidemiologischen Strategie, die ihrerseits über wechselseitige Abhängigkeiten eng mit der ökonomischen Entwicklung verknüpft ist, muss die Politik ein Höchstmaß an Wirtschaftsleistung ermöglichen. Wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft sind die zentralen Voraussetzungen dafür, den großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, die wir trotz der aktuellen Pandemie gemeinsam langfristig lösen müssen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen an einem Strang ziehen, um die Zukunft zu gestalten, unsere Volkswirtschaft am Laufen zu halten und in schwierigen Zeiten unsere Lebensgrundlage sichern zu können. Die Staatsregierung, unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und wir FREIE WÄHLER werden hierzu unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind durch das Coronavirus in eine schwere Wirtschaftskrise geraten, die eine historische Dimension aufweist. Ökonomen und Wirtschaftshistoriker gehen davon aus, dass diese Krise das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise von 1929 erreichen wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Weltwirtschaftskrise von 1929 den Aufstieg des Nationalsozialismus mit all seinen furchtbaren Folgen wesentlich mitverursacht hat. Daraus folgt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Wir müssen jetzt als Staat Leben und Gesundheit der Menschen schützen, wir müssen ihre Arbeitsplätze retten, und wir sollten dabei zugleich in die Zukunft der Menschheit – Stichwort "Klimaschutz" – investieren.

Ja, es ist leichter, ein Land zuzusperren, als in einer so schwierigen Lage einen Plan für eine gute Zukunft zu entwickeln. Aber genau das ist jetzt die Aufgabe: einen Plan für Bayern zu entwickeln mit Vision, Gestaltungskraft und Mut und nicht mit Inszenierung. Aktuell geht es um die Akutbehandlung – umfangreiche Sofort- und Liquiditäts-

hilfen – und um Planungssicherheit für die Wirtschaft. Wir brauchen aber unbedingt auch ein starkes sozial-ökologisches Konjunktur- und Investitionsprogramm, das unsere Wirtschaft nachhaltig und klimafreundlich nach vorne bringt. Wie kann so ein Programm aussehen? – Eine Kauf- oder Abwrackprämie für Autos ist kein solches Programm. Wir wollen aus Klimaschutzgründen keine Kaufprämie für Benziner und Diesel. Die Vorschläge des Wirtschaftsministers sind für uns nur ein ideenloser Griff in die fossile Mottenkiste.

Eine Kaufprämie wird die Probleme auch dann nicht lösen, wenn sie auf E-Fahrzeuge beschränkt ist. Erstens gibt es sie schon, und zweitens ist die Diskussion über die Kaufprämie für E-Autos ein Witz und eine Irreführung, solange diese Staatsregierung den Ausbau der Windkraft in Bayern blockiert und damit verhindert, dass der Strom für diese Fahrzeuge klimafreundlich produziert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Schwerpunkte anders und besser setzen. Wir setzen auf neuen Schwung für die Energiewende und damit auf einen starken Impuls für die Branche der erneuerbaren Energien, das Baugewerbe und das Handwerk in Bayern. Deswegen: Weg mit der 10-H-Regelung und dem Photovoltaikdeckel. Wir wollen die soziale Energiewende auch für Mieterinnen und Mieter durch ein starkes Photovoltaik- und Wärmedämmungsprogramm für Wohnungsgenossenschaften und Sozialwohnungen. Wir brauchen ein soziales Programm für das Energiesparen. Deswegen wollen wir eine Kaufprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte mit einem besonderen Schwerpunkt und einer besonderen Förderung für einkommensschwache Haushalte. Wir legen außerdem einen Schwerpunkt auf erneuerbare Wärme, um den Klimaschutz voranzubringen. Dafür setzen wir auf eine starke bayerische Förderung der Geothermie und des Ausbaus von Wärmenetzen.

Wir treten aber zugleich ein für Investitionen in eine echte klimafreundliche Verkehrswende, um den Klimaschutz voranzubringen und gleichzeitig der Automobilindustrie

als Leitindustrie in Bayern zu helfen. Wir wollen ein Programm, mit dem alle öffentlichen Fahrzeugflotten soweit möglich auf emissionsfreie Fahrzeuge umgerüstet werden. Dabei muss gelten: Bezahlung jetzt, Lieferung später! Damit soll die Liquidität der Industrie verbessert werden. Wir wollen die Förderung von E-Ladeinfrastruktur in Bayern deutlich verbessern, indem wir mindestens 40 % der Nettokosten übernehmen. Auch soll es einen hohen Zuschuss für die Einrichtung von Schnell-Ladestationen geben.

Wir wollen auch ein bayerisches Förderprogramm für privat genutzte E-Lastenbikes und Pedelecs. Wir wollen natürlich auch den verstärkten Ausbau des öffentlichen Regionalverkehrs, von Bus und Bahn.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir setzen aber auch noch einen dritten Schwerpunkt. Wir setzen auf eine sozial gerechte und klimafreundliche Digitalisierung. Gerade jetzt in der Corona-Krise zeigt sich, welches Fortschrittspotenzial und welche Möglichkeiten – von der Bildung bis zum Homeoffice – in der Digitalisierung stecken.

Gleichzeitig werden in Bayern aber auch die Defizite offenkundig. Die Digitalisierung an den Schulen ist allenfalls Stückwerk. Sozial Benachteiligte verfügen oft über keinen ausreichenden Zugang. Auch hat die Digitalisierung selbst einen immer größeren und negativeren ökologischen Fußabdruck.

Ein Beispiel: Die deutschen Rechenzentren haben 2014 die gesamte Stromproduktion von vier mittelgroßen Kraftwerken aufgefressen. Der Stromverbrauch dort steigt und steigt. Wir wollen den Energieaufwand für bayerische IT-Zentren deswegen mit einem Klimaprogramm massiv senken, zum Beispiel durch konsequente Nutzung der Abwärme für das Heizen.

Wir wollen den Digitalbonus für mittelständische Unternehmen und Selbstständige erhöhen, zum Beispiel für digitale Videotechnik und Homeoffice-Infrastruktur. Wir wollen eine Digitalisierungsoffensive für die Schulen. Dazu gehört, dass alle Lehrkräfte endlich Arbeitsnotebooks und -pads erhalten.

Wir verlangen ein Förderprogramm für benachteiligte Familien. Der Bundeszuschuss für Notebooks, iPads und andere Pads, den die SPD in Berlin durchgesetzt hat, soll in Bayern für Kinder aus solchen Familien um 250 Euro pro Kind erhöht werden. So verbinden wir die Bewahrung und Sicherung von Arbeitsplätzen mit sozialer Gerechtigkeit und mit Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Kollegen Martin Hagen das Wort.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, wir durften der heutigen Zeitung schon entnehmen, dass Sie uns heute frisch frisiert gegenüberstehen würden. Ich sehe auch dem einen oder anderen Kollegen und der einen oder anderen Kollegin an, dass sie von der Wiedereröffnung des Friseurhandwerks profitiert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Ja, auch bei mir. Fabian, man sieht es aber vor allem dir an.

Das Friseurhandwerk in Bayern darf seine Arbeit wieder aufnehmen. Ich habe bei meinem ersten Besuch gestern festgestellt, dass das Friseurhandwerk in ganz hervorragender Weise die Abstands- und Hygieneregeln, die die Innung übrigens selbst entwickelt hat, eingehalten hat.

Ich glaube, wir können auch andere Gewerbe dazu bringen, das zu schaffen. Ich glaube, dass der Unternehmergeist und die Kreativität unserer Wirtschaft größer sind, als wir sie ihr zutrauen. Ich begrüße es deswegen ausdrücklich, dass sich die Regierung heute endlich dazu durchringen konnte, eine Öffnungsstrategie vorzulegen. Die bayerischen Unternehmen brauchen keine dauerhaften Alimente, sondern einfach nur die Möglichkeit, wieder ihrer Tätigkeit nachzugehen. Endlich gibt es – getrieben von der Opposition und den Gerichten – eine Öffnungsstrategie. Darüber freue ich mich.

Meine Damen und Herren, "ökologisch-soziale Transformation" klingt in den Ohren vieler Unternehmer wahrscheinlich erst mal wie eine Drohung. Wir haben in der heutigen Rede aber gehört, dass das doch alles halb so wild sein wird. Es wird für die bayerische Wirtschaft aber auch keine Verheißung sein; dafür hatte die Rede doch zu wenig Substanz.

Vielmehr sollte weiterhin die soziale Marktwirtschaft unseren Unternehmen Hoffnung geben. Es ist die soziale Marktwirtschaft, die bisher den Wohlstand in unserem Land organisiert hat. Sie vertraut auf die Potenziale des Einzelnen und des Unternehmers. Wenn wir diese Potenziale wieder entfesseln, werden wir auch diese Krise meistern können.

Wir haben in der Corona-Krise von der Linken bisher viel Kapitalismuskritik gehört. Der eine oder andere hat vielleicht davon geträumt, die Krise dazu zu nutzen, um in Deutschland generell zu einem neuen Wirtschaftssystem zu kommen. Ich kann davor nur warnen.

Ich glaube, dass diese Krise eher zeigt, wie wichtig es ist, dass wir in einem Land leben, das sich ein so gutes Gesundheitssystem leisten kann. Wir können das deshalb, weil die Selbstständigen, die Unternehmer und die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jeden Tag den Wohlstand erwirtschaften. Wir sollten nicht die Axt an die Wurzel dieses Wohlstands legen, sonst werden auch wir solche Krisen künftig schlechter meistern können.

Gleiches gilt für diejenigen, die jetzt einer Abwicklung der Globalisierung das Wort reden. Vonseiten der AfD nennt man das "Renationalisierung". Vonseiten der FREIEN WÄHLER höre ich öfter "Reregionalisierung". Ich glaube, wir werden am Schluss alle ärmer sein, wenn wir jetzt anfangen, globale Wertschöpfungsketten zu zerschlagen. Wir sollten uns mehr darauf besinnen, was uns wohlhabend gemacht hat. Das ist der freie Welthandel. Das gilt insbesondere für eine Exportnation wie Bayern.

Wir sprechen jetzt darüber, der Staat müsse sich in systemrelevanten Branchen als Teilhaber einschalten, um Unternehmen zu retten. Das schmerzt Liberalen natürlich in der Seele. Es kann aber notwendig sein. Auch ich sage, dass sich der Staat lieber an einem Unternehmen beteiligen soll, als ihm das Geld zu schenken.

Es muss aber klar sein: Eine Beteiligung darf nicht dazu führen, dass der Staat dauerhaft in eine Staatswirtschaft einsteigt. Eine Beteiligung darf nicht dazu führen, dass der Staat meint, die operativen Geschäfte leiten zu dürfen. Wir sehen seit zehn Jahren am Beispiel des Berliner Flughafens, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Wenn der Staat Unternehmen durch eine Beteiligung rettet, dann muss er stiller Teilhaber sein und eine Exit-Strategie erarbeiten. Das Ziel muss darin bestehen, die Anteile auch wieder zu veräußern.

Wir haben in den letzten Tagen Forderungen nach Kaufprämien für Autos gehört. Der Ministerpräsident möchte E-Autos stärker fördern, der Wirtschaftsminister Autos generell, auch Gebrauchtwagen. Ich glaube aber, es ist besser, die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, anstatt jetzt einzelne Branchen zu subventionieren. Der Bürger kann doch selber entscheiden, ob er sein Geld für ein Auto oder für andere Konsumgüter ausgibt. Der Bürger kann selber entscheiden, ob er sein Geld für Dienstleistungen ausgibt, in den Urlaub fährt oder sein Haus renoviert.

Wir sollten diese freie Entscheidung des mündigen Bürgers nicht durch Subventionen verzerren. Man kauft ein Auto ohnehin nicht alle paar Jahre und auch nicht öfter, nur weil es dafür einen Bonus gibt. In der Regel kauft man ein Auto nur alle zehn Jahre. Insofern wäre das eine Subvention, die eine ohnehin anstehende Kaufentscheidung lediglich vorzöge. Das Auto, das ich mir im Jahr 2020 kaufe, weil ich dafür vom Staat Geld bekomme, werde ich mir in den kommenden Jahren nicht mehr kaufen.

Um die Rahmenbedingungen dauerhaft zu verbessern, brauchen wir für die Bürger und die Unternehmen Entlastungen. Wir brauchen also das Gegenteil von dem, was die SPD-Chefin Esken fordert. Esken will mit einer Corona-Abgabe vermeintlich Millio-

näre besteuern. De facto besteuert sie Familienunternehmen, viele Selbstständige und jeden, der im Münchner Speckgürtel ein abbezahltes Einfamilienhaus hat. Denn es geht ja nicht um Einkommensmillionäre, die man gemeinhin als "Superreiche" bezeichnet, sondern einfach um Leute, die ein gewisses Vermögen besitzen. Dieses Vermögen liegt in Deutschland übrigens in aller Regel nicht auf dem Konto, sondern ist in Betriebskapital gebunden. Esken würde also direkt die Substanz von Mittelständlern in Deutschland besteuern und das Geld, das mit Soforthilfen auf der einen Seite hineingegeben wird, auf der anderen Seite sofort wieder herausziehen. Das wäre wirklich absurd.

Ein letzter Punkt, Stichwort "Soforthilfen": Vorgestern gab es eine Pressemitteilung des Bundes der Selbständigen in Bayern. Der Bund der Selbständigen hat eine Umfrage gemacht. Erst 28 % der Leute, die eine der vor mittlerweile fast zwei Monaten beginnenden sogenannten Soforthilfen beantragt haben, haben bereits eine bekommen. Ich kann mich da nur dem bayerischen Finanzminister anschließen: Eine Soforthilfe, die nach zwei Monaten noch nicht da ist, ist keine Soforthilfe.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat dann das zweite Geburtstagskind, hat der fraktionslose Kollege Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen der GRÜNEN möchten Bayerns Wirtschaft zukunftsfähig machen und möchten das mit einem sozial-ökologischen Umbau erreichen.

Das klingt beim ersten Hören ganz gut. Dahinter steckt aber eine Horrorvision, steckt eine planwirtschaftliche Ideologie, die unsere Staatsquote noch weiter in die Höhe treiben und privatwirtschaftliches Handeln noch mehr behindern würde. Als ob die aktuellen Eingriffe in den Markt nicht schon weit genug gingen!

Eine Mehrheit der GRÜNEN glaubt offensichtlich, die Zukunft vorhersehen zu können. Dem ist natürlich nicht so; niemand kann das. Aufgabe der Politik sollte es sein, für unternehmerische Freiheit und Rechtssicherheit zu sorgen.

Ich möchte hier explizit die Eigentumsrechte erwähnen, die in unserem Land zunehmend infrage gestellt werden. Konzentrieren Sie sich, statt mit immer neuen dirigistischen Maßnahmen die Wirtschaft zu bremsen und, wie zuletzt, sogar abzuwürgen, lieber darauf, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen! Vernünftige Rahmenbedingungen motivieren die Unternehmer, weiterhin in Bayern zu investieren, und sorgen für Innovationen, die den Erfolg bayerischer Produkte auf dem Weltmarkt sicherstellen.

Das Gegenteil von vernünftigen Rahmenbedingungen sind ausufernde Bürokratie und die höchste Abgabenlast aller OECD-Länder. Wer von Enteignungen träumt, darf sich nicht wundern, später in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit aufzuwachen. Denken Sie daran: Sozial und ökologisch können wir auf Dauer nur sein, wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sind. Dieser wirtschaftliche Erfolg und auch der ökologische Erfolg kommt nicht vom Staat, sondern von der Privatwirtschaft.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Kollege Plenk. – Ich darf den Abgeordneten Dr. Thomas Huber aufrufen. – Doktor – oh, jetzt habe ich ihn promoviert. Ohne "Doktor", bevor dieser aberkannt wird.

(Allgemeine Heiterkeit)

Thomas Huber (CSU): Was man nicht hat, kann nicht aberkannt werden, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin dankbar für die bisherige Diskussion und den bisherigen parteiübergreifenden Zusammenhalt in der Krise. Aber, liebe GRÜNE: Wenn ich mir Ihr Positionspapier, Ihr Konzept zur Transformation, anschau, dann sehe ich: Demnach hat die alte Politik ausgedient. Gerade als Sozialpolitiker muss ich sagen, dass diese Feststellung von der Realität widerlegt wird. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die sogenannte alte Politik hat uns ein gutes Jahrzehnt Wachs-

tum und mehr Wohlstand auf breiter Basis beschert. Sie trägt auch die Verantwortung dafür, dass wir in Deutschland bisher mit einem blauen Auge durch die Corona-Krise gekommen sind. Wir haben in Deutschland ein Gesundheitssystem, das sich als resilienter und stabiler als in unseren Nachbarländern erwiesen hat. Gerade wir in Bayern haben viel für den Erhalt der Krankenhausinfrastruktur getan. Wir haben in Deutschland mehr Intensivbetten als anderswo. Genau das half uns und hilft uns jetzt.

Wir haben auch ein Sozialsystem, das in der Lage ist, in der Krise Menschen aufzufangen und Jobs zu sichern. Das Kurzarbeitergeld hat sich bereits in der Finanzkrise bewährt und spielt auch jetzt wieder eine zentrale und rettende Rolle, um nur ein geläufiges Beispiel zu nennen. Jeder dritte deutsche Betrieb nutzt momentan das Instrument Kurzarbeit, das inzwischen auch Vorbild für die Europäische Union mit dem Konzept "SURE" geworden ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist die sogenannte alte Politik, die auch in der Corona-Krise schnell und flexibel entscheidende Hilfen für Unternehmen und auch gerade für die Beschäftigten auf den Weg gebracht hat, von der Lohnfortzahlungsmöglichkeit, wenn Kinder zu Hause betreut werden müssen, bis hin zum Mieterschutz und zu Verdienstgrenzen beim Kurzarbeitergeld. Wir haben in Bayern an vielen Stellen im Rekordtempo weitere Hilfen installiert. Ja, die Soforthilfen müssen schneller ausbezahlt werden. Das sehen wir alle so. Aber dazu brauchen wir Menschen, die das schnell und 24 Stunden am Tag abarbeiten, was nicht immer einfach zu organisieren ist.

Was mir persönlich sehr wichtig ist: Wir haben von Bayern aus auf Bundesebene die Weichen dafür gestellt, dass unsere soziale Infrastruktur in der Corona-Krise nicht verloren geht, mit dem sogenannten SodEG, das jetzt erweitert wird und finanzierbar bleiben muss, Herr Kollege von Brunn. Mit dem Rettungsschirm für das soziale Bayern erhalten wir Jugendherbergen, Schullandheime und Jugendbildungsstätten. Wir tragen mit der Übernahme der Elternbeiträge massiv zur Entlastung von Familien, Kommunen und Trägern in der Krise bei; denn wir wollen alle dasselbe: die soziale Infrastruk-

tur, die wir bzw. die Menschen in Bayern über Jahrzehnte aufgebaut haben, auch nach der Krise für die Menschen erhalten. Da bin ich unserem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung sehr dankbar, dass wir hier besonnen, aber auch schnell und effektiv reagiert haben.

Es geht aber nicht nur um die Bewältigung der akuten Krise, sondern auch um langfristige Perspektiven. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Transformation findet ja nicht irgendwann morgen statt, sondern hier und jetzt. Für uns ist klar: Wir dürfen nicht alle bisherigen Industriezweige, in denen wir erfolgreich sind und die vielen Menschen in unserem Land Arbeitsplätze bieten, einfach aufgeben und einem falsch verstandenen Staatsdirigismus und einer rücksichtslosen Ideologie opfern. Auch wir wollen mehr Klimaschutz. Auch wir wollen mehr Nachhaltigkeit. Aber wir müssen das Ganze mit Augenmaß tun. Wir müssen alle Menschen mitnehmen, nicht einige abgehängt und als bloße Almosenempfänger zurücklassen. Unser Augenmerk muss vordringlich darauf liegen, wie wir in den kommenden Monaten unseren Arbeitsmarkt stabilisieren und fit für die Zukunft machen und wie wir die Menschen auch in Zukunft in Arbeit halten. Dabei spielt die Weiterbildung eine zentrale Rolle. Wir haben hier bereits etliche wichtige Schritte gesetzt. Ich sage nur stichpunktartig: Qualifizierungschancengesetz, der bayerische Pakt für Weiterbildung 4.0, die Bildungsschecks, die Weiterbildungsberater usw.

Das Entscheidende ist: Ohne einen stabilen Arbeitsmarkt und ohne Menschen in Arbeit können wir uns die Investitionen in unsere Familien, in unser Gesundheitssystem, in eine bessere Bezahlung in der Pflege, in eine eigene Antibiotikaproduktion, eine stabile Alterssicherung, Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen, Frauenhausplätze und vieles mehr nicht mehr leisten; denn wo nur noch wenige starke Schultern sind, können diese nicht mehr viel tragen. Daher sollten wir uns jetzt nicht in "Wünsch-dir-was-Spielen" ergehen.

Ihre ökologische Transformation, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von den GRÜNEN, ist mir da ehrlich gesagt ein bisschen zu platt und zu populistisch. Jetzt kommt es dar-

auf an, dass wir unsere konkreten Anstrengungen intensiv fortführen und den Wandel zum Wohle der Menschen vernünftig und realitätsgerecht gestalten, damit auf die Corona-Krise keine soziale Krise folgt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Thomas Huber. – Ich darf als Nächste Frau Kollegin Barbara Fuchs von den GRÜNEN aufrufen. Bitte schön.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Knapp 120.000 Unternehmen im Freistaat haben für bis jetzt 1,76 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet. Wir haben Soforthilfen. Die sind allerdings lückenhaft. Die freie Journalistin, die Gebärdensprachdolmetscherin oder die VHS-Dozentin gehören noch nicht zu den Menschen, die davon profitieren können. Wir hoffen, dass das noch geändert wird. Wir haben Kredite, wir haben Bürgschaften, wir haben viele Maßnahmen. Da war für den Anfang sicher schon vieles richtig. Auch die Zugangsbedingungen für Kurzarbeit zu vereinfachen ist jetzt sicher der richtige Schritt.

Aber alleine damit werden wir nicht weit kommen. Wir brauchen eine grundsätzliche Idee, wie sich die Art des Wirtschaftens ändern soll. Während der Corona-Krise läuft gleichzeitig die Klimakrise. Wir brauchen natürlich eine soziale Marktwirtschaft. Aber wir müssen diesen Begriff erweitern. Wir brauchen eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, die nachhaltig arbeitet und in der nicht mehr nur immer schneller, höher, weiter zählt, sondern auch die Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wollen wir doch bei der Wahrheit bleiben: Die Fahrzeugindustrie ist nicht erst seit Corona in der Krise, sondern sie war es schon lange vorher. Sie hat den Technologiewandel zu lange ausgesessen. In Deutschland hat die Corona-Krise bis Ende April zu Produktionsausfällen in Höhe von rund eineinhalb Millionen Fahrzeugen geführt. In

Europa ist die Zahl der Neuzulassungen innerhalb eines einzigen Monats um 20 % geschrumpft. Auch wenn der chinesische Markt jetzt anfängt, sich zu erholen – dort generieren die deutschen Hersteller 40 % ihres Absatzes –, nützt dies der Wertschöpfungskette hier vor Ort überhaupt nicht. Deutschlandweit haben wir 1,8 Millionen Beschäftigte im Fahrzeugbau, inklusive den angehängten Branchen – Maschinenbau, Kunststoffbetriebe usw. Diesen Beschäftigten wollen wir GRÜNE zukunftsfähige und vor allem sichere Arbeitsplätze bieten. Das geht aber nicht mit einer Abwrackprämie 2.0, sondern nur, wenn wir die nötige neue Ausrichtung sozial und ökologisch verträglich schnellstmöglich vorantreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Abwrackprämie ohne Umsetzung von Klimazielen ist von vorgestern. Gestern war aber schon. Das gilt auch für die Fahrzeugindustrie. Klar, wir benötigen konjunkturelle Impulse. Aber sie müssen unbedingt den Wandel zur klimagerechten Produktion unterstützen. Gerade jetzt brauchen wir unseren starken Mittelstand entlang der Wertschöpfungskette, der sich selbst in den neuen Technologien und Märkten der Elektrifizierung des Antriebsstrangs etabliert. Hier müssen wir die mittelständischen Unternehmen in Bayern bestmöglich unterstützen. Wir GRÜNE setzen deshalb auf regionale Transformationsfonds, mit deren Hilfe die Zulieferbetriebe in der zweiten und dritten Reihe der Kette in Zukunftstechnologien investieren können. Forschung und Entwicklung müssen weiterhin in technologieoffene Antriebe gehen.

Wir müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Wandel vorbereiten und bestmöglich unterstützen. Kurzarbeit muss jetzt für Weiterbildung genutzt werden. Wir brauchen ein Recht auf Weiterbildung, damit das Qualifizierungschancengesetz auch umgesetzt wird. Wir brauchen regionale Bildungsagenturen vor Ort und staatliche Förderung und Beratung aus einer Hand mit Beratung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmer und Unternehmerinnen. Neben der Fahrzeugindustrie und dem Maschinenbau sinken auch im Handwerk die Auftragsbestände. Im Baugewerbe verzeichnen bereits 40 % der Betriebe Auftragsstornierungen. Das wird sich

zeitverzögert noch weiter ausweiten. Umso wichtiger ist es, dass die Kommunen jetzt mit den finanziellen Mitteln für die dringend notwendigen, aber bitte energieeffizienten Sanierungen ausgestattet werden. Das ist auch gut für unsere Schulkinder.

Ein weiterer kritischer Aspekt ist die Anzahl der Abschlüsse von neuen Ausbildungsverträgen. Ich nehme nur ein Gewerk aus dem Metallbereich, das ich kenne, als Beispiel: Normalerweise liegen für eine bestimmte Region zu diesem Zeitpunkt circa 55 abgeschlossene Lehrverträge für den kommenden September vor. In diesem Jahr sind es nur 6, 6 Verträge im Vergleich zu 55 Verträgen in diesem Gewerk in einer kleinen Region. Das ist aber beispielhaft für ganz Bayern und wahrscheinlich für ganz Deutschland. Wahrscheinlich werden wir ein Problem bei der Ausbildung bekommen.

Abschließend noch eines: Die ökologische Transformation der Wirtschaft entspricht im Grunde ureigenem Unternehmerdenken: Kosten und Ressourcen sparen. – Wir GRÜNEN fordern, dass die Unternehmen jetzt verlässliche politische Rahmenbedingungen erhalten, klare Ansagen und Zielvorgaben, die für alle gelten, faire Wettbewerbsbedingungen, sodass sie künftige Entwicklungen und neue Ausrichtungen sowie den Strukturwandel für ihren Betrieb wirklich planen können, also Planungssicherheit. Investitionshilfen müssen an den ökologischen Zielen ihres Einsatzes gemessen werden. Keine umweltschädlichen Subventionen mehr! Es muss sich einfach wieder rechnen, nachhaltig zu wirtschaften. Kreislauf statt wegwerfen.

Corona hat das Hamsterrad angehalten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, die Zeit ist um.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Wir müssen jetzt etwas daraus machen, für eine gesunde Zukunft. Unsere politische Aufgabe ist die Schaffung von gerechten, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen mit verbindlichen Klimazielen für eine demokratische Gesellschaft, die Corona und den Klimawandel bewältigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Frau Kollegin Fuchs. – Ich darf von den FREIEN WÄHLERN Herrn Dr. Fabian Mehring aufrufen. – Ich möchte auch in dieser Sitzung einen Hinweis an all diejenigen geben, die der Debatte nur zuhören. Die langen Pausen zwischen den Rednern sind dadurch bedingt, dass unsere achtsamen Offiziantinnen und Offizianten immer den Windschutz der Mikrofone auswechseln. Dadurch entsteht wahrscheinlich auch dieses unangenehme Geräusch im Lautsprecher. Dies ist ein bewusster Hinweis für all diejenigen, die nur zuhören, aber nicht zuschauen können. – Jetzt hat Herr Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN das Wort in dieser Aktuellen Stunde. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf das für die heutige Aktuelle Stunde ausgeflaggte Thema könnte ich es mir vergleichsweise einfach machen und schlicht aus einem Strategiepapier zitieren, das unsere FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion bereits nach den Osterfeiertagen veröffentlicht hat und in dem schon festgehalten ist, dass wir für einen Wiederaufbau der Wirtschaft mit Schwerpunkt auf Ökoinnovationen, Klimaschutz und Digitalisierung plädieren. Das würde mich in die Lage versetzen, Frau Kollegin Schulze augenzwinkernd einen guten Morgen zu wünschen und schlusszufolgern, dass die grüne Ein-Thema-Partei selbst bei ihrem einen Thema zwischenzeitlich der Bayerischen Staatsregierung 14 Tage hinterherhinkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ehrlich gesagt hatte ich das heute auch so ähnlich vor. Unter dem Eindruck der nun aber fortdauernden Debatte stehend, halte ich es doch für zielführend, noch ein paar Bemerkungen darüber hinaus zu machen, um uns ein Stück weit aus einer gewissen ideologischen Verengung zu lösen, die im Verlauf dieser Aktuellen Stunde unter dem Deckmäntelchen von Corona ganz deutlich durchscheint.

Erste Bemerkung: Never change a running system. – Ich teile ausdrücklich die Analyse der GRÜNEN, dass Corona ein Stück weit ein Window of Opportunities geöffnet hat, ja, dass die bayerische Wirtschaft zwecks Lockdown jetzt als Corona-Patient am Boden liegt und dass das nun die Gelegenheit eröffnet, für den Zeitpunkt, wenn sie wieder aufsteht, etwas nachzujustieren, und zwar an der Richtung, in die sie dann läuft. Allerdings sollten wir dabei unter keinen Umständen vergessen, dass Bayern nur deshalb zur Blaupause, zur Benchmark der Krisenbewältigung werden konnte, weil unsere bayerische Wirtschaft vor Corona bestens gelaufen ist, weil es uns gelungen ist, Arbeitslosigkeit zu reduzieren, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, und weil wir als bayerische Volkswirtschaft sogar im internationalen Vergleich mit Nationalstaaten an der Spitze mithalten konnten.

Ich halte es deshalb für hinreichend schäbig, den Leistungsträgern, die uns in diese Situation gebracht haben, jetzt zu sagen: Nach Corona bedarf es dann der großen Transformation. – Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Wir brauchen so viele Veränderungen wie nötig, um beispielsweise beim Klimaschutz besser zu werden. Wir brauchen aber so wenige wie möglich, um unseren Wohlstand nicht zu riskieren, um nicht das, was vorher gut gelaufen ist, jetzt anzugreifen. Noch einmal in diesem Bild gesprochen: Wenn der Patient bayerische Wirtschaft wieder aufsteht, dann ist es sinnvoll, nachzujustieren bei der Richtung, in die er dann läuft. Wir sollten die Richtung aber nicht komplett ändern, sodass wir dann auf dem Weg ins Ziel möglicherweise von anderen überholt werden oder an diesem Ziel gar nicht mehr ankommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweite Bemerkung: Wenn wir über Transformationen sprechen, dann ist es nach meinem Dafürhalten zwingend nötig, dass wir uns darüber unterhalten, was wir transformieren wollen. Da ist es naheliegend, dass die GRÜNEN insbesondere ihr Kernthema, die Umweltpolitik, auf die Agenda heben und dass sie dabei, wie wir es gewohnt sind, ein Stück weit als Trittbrettfahrer von der SPD sozialpolitische Forderungen kopieren. Das genügt aber nicht, wenn man in der politischen Gesamtverantwortung steht.

(Unruhe)

Wenn man in der politischen Gesamtverantwortung steht, ist eine wesentlich weitere Denkweise nötig. Da gibt es ein paar Aspekte im Sinne dessen, Lehren aus Corona zu ziehen, über die wir schnell Einigkeit haben werden. Wir werden schnell Einigkeit darüber haben, dass Corona eine Chance für die Digitalisierung ist. Wir werden – vielleicht mit Ausnahme von Herrn Kollegen Hagen – schnell Einigkeit darüber haben, dass wir die Resilienz in dieser Krise insbesondere dem bayerischen Mittelstand verdanken und dass die Hinwendung zum bayerischen Mittelstand, für die Hubert Aiwaner steht, richtig ist unter dem Eindruck von Corona. Wir müssen uns auch ein Stück weit anders aufstellen im Umgang mit internationalen Großkonzernen mit ausländischem Steuersitz.

Wir werden aber auch Lehren aus Corona ziehen müssen, die den GRÜNEN nicht so gut ins frisch verabschiedete digitale Parteiprogramm passen. Eine Lehre aus Corona ist auch, dass wir eine konzertierte bayerische Industriepolitik brauchen, um uns im internationalen Umfeld unabhängig zu machen, auch mit Blick auf Lieferketten, mit Blick auf kritische Infrastrukturen. Umso dankbarer bin ich Wirtschaftsminister Hubert Aiwaner für sein deutliches Bekenntnis zur bayerischen Automobilindustrie. Wir brauchen uns nicht dafür schämen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir Autoland Bayern sind, während andernorts "America first" und ähnlicher Protektionismus gilt. Nein, wir können stolz darauf sein.

(Zuruf)

Wir können auch das gemeinsame Ziel formulieren, diesen Wirtschaftszweig bestmöglich und schnellstmöglich ins Laufen zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf)

Dritte und letzte Bemerkung: Wenn wir bei dieser Transformation erfolgreich sein wollen, dann kann das nur gelingen, wenn wir sie nach den Regeln der sozialen Markt-

wirtschaft mit Anreizen auf den Weg bringen. Das wird aber nicht gelingen über grüne Gebote und Verbote und mit einer grünen Ökoplanwirtschaft. Die ist auch nach Corona mit der Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU nicht zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (GRÜNE))

Wenn ich dieses Anforderungsprofil an die bayerische Wirtschaft zusammenfasse – Herr Präsident, ich schaue auf die Uhr –, also keine revolutionäre Veränderungswut, kein monothematisches ideologisches Herangehen nur an den Klimaschutz und alles andere vergessen, und vor allen Dingen das Spielen nach den Regeln der sozialen Marktwirtschaft und nicht mit einer grünen Ökoplanwirtschaft, dann bin ich sehr froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Bayern nicht von den GRÜNEN, sondern von einer bürgerlichen Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU regiert wird. Dann bin ich froh, dass Bayerns Wirtschaftsministerin nicht Katharina Schulze heißt, sondern dass Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger heißt. Mit mir ist darüber die große Mehrheit der Menschen in Bayern froh.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut – –

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Insbesondere ist darüber die bayerische Wirtschaft froh. Wir sollten diesen Kurs deshalb halten. Vielen Dank für Ihre Unterstützung für diesen Kurs und vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihren Beitrag, Herr Dr. Mehring. – Ich rufe Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht von den GRÜNEN auf. Bitte schön, Frau Kollegin.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Fabi, ich glaube, du hast da was verwechselt: Planbarkeit

ist nicht Planwirtschaft. Das nur noch einmal zur Erklärung. Ich glaube, das hast du ein bisschen durcheinandergebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Not macht erfinderisch, so sagt man immer. Wenn ich mir gerade die bayerische Start-up-Szene anschau, kann ich das wirklich bestätigen. Ich erhalte aktuell viele Zuschriften mit ganz tollen Ideen, zum Beispiel von Tüftlerwerkstätten, die jetzt an schnell verfügbaren und handhabbaren Lösungen zum Infektionsschutz arbeiten oder digitale Lösungen entwickeln, die jetzt viele etablierte Unternehmen brauchen. Ich nenne als Beispiel Videokonferenzsysteme oder digitale Vertriebskanäle, die in kürzester Zeit verfügbar waren. Corona wirkt hier wie ein Booster für Innovationen und deckt gleichzeitig schonungslos alle Mängel auf, die wir schon vorher kannten. Ein paar Stichworte dazu: flächendeckender Netzausbau, Lernen und Lehren in digitalen Medien oder digitale Verwaltung.

Gleichzeitig ist die Lage für viele Gründerinnen und Gründer mehr als bedrohlich. Es gibt noch keine Rücklagen. Für das nötige dynamische Wachstum fehlt jetzt das dafür erforderliche neue Kapital. Die Chancen, von der Hausbank einen Kredit zu bekommen, sind verschwindend gering. Erst letzte Woche ist auf Bundesebene die Einrichtung eines Rettungsschirms für Start-ups gelungen. Viele wissen noch gar nicht genau, für was sie eigentlich antragsberechtigt sind. Bei vielen wird es bei der Miete knapp. Da bekommt man schon das Gefühl, dass innovative Start-ups zwar gerne öffentlich gelobt werden, aber letztlich durch alle Förderraster fallen, weil sie eben noch kein etablierter Betrieb sind und damit noch nicht hundertprozentig reinpassen. Dabei brauchen wir gerade jetzt mehr denn je Leute mit Erfindergeist und Leute, die bereit sind, ins unternehmerische Risiko zu gehen.

Eine groß angelegte Plakatkampagne von "Gründerland Bayern" wirbt gerade mit dem Spruch: Gründern, denen Tradition gefällt, gefällt auch Transformation, und Gründern, denen ein Wolpertinger gefällt, gefällt auch ein Unicorn. Ich glaube, wir dürfen mit Tra-

ditionen nicht kokettieren, sondern müssen sie ernst nehmen und die soziale und ökologische Transformation auf die komplette Wirtschaft beziehen. Sonst zementieren wir auf Dauer nur alte Strukturen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen schon jetzt die Weichen so stellen, dass wir nach den Corona-Beschränkungen wieder mit Schwung und Innovationsgeist aus der Krise herauskommen. Wir müssen uns dabei endlich ökologisch und nachhaltig aufstellen. Ganz kurz zu Herrn Blume – ich weiß nicht, ob er gerade da ist: Es gibt eine Studie zu den Auswirkungen der Hilfen in der Finanzkrise. Von diesen Riesensummen wurden damals nur 13 % in ökologische und nachhaltige Innovationen gesteckt, 8 % sogar in absolut kontraproduktive Maßnahmen, zum Beispiel in die Abwrackprämie. Das nenne ich unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen lange überfällige Veränderungen angehen und damit Bayerns Wirtschaft widerstandsfähiger und zukunftsfester machen. Das gilt ganz besonders für den Gesundheitssektor, aber auch für den Energiesektor und die Mobilitätswirtschaft. Wir können, nein, wir müssen die Krise als Chance nutzen. Deswegen dürfen wir die Gründerlandschaft jetzt nicht vertrocknen lassen, sondern müssen ihr jetzt bei den drängendsten Problemen unter die Arme greifen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel rät gerade dringend dazu, Solo-Selbstständige massiv zu unterstützen; denn Innovationskraft und unternehmerischer Geist sind für den Aufschwung der Wirtschaft, den wir jetzt brauchen werden, unabdingbar.

Ich möchte wiederholen: Nicht einmal 30 % der Corona-Soforthilfen sind bisher ausbezahlt worden. Das hängt nicht damit zusammen, dass wir keine Leute hätten, sondern das geschah mit Ansage: Die Leute haben zwei Wochen lang unstrukturiert und zum Teil wäschekörbeweise zum Beispiel abfotografierte Belege eingereicht. Es gab kein

vernünftiges Formular. Das konnte man vorhersehen. Herr Wirtschaftsminister, hier besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Parallel dazu wollen wir jetzt unkomplizierte Hilfen für vielversprechende Start-ups umsetzen. In Gründerzentren haben wir bereits Gründerinnen und Gründer, in deren Geschäftsmodell wir Vertrauen haben. Neben dem Kurzarbeitergeld wollen wir jetzt, wo neue Kundenkontakte schwer zu knüpfen sind, etwa weil Messen ausfallen, diesen Unternehmen zum Beispiel bei der Miete entgegenkommen. Wir wollen Start-ups leichteren Zugang zu Beratungen ermöglichen. Deswegen sollen sie Beratungsgutscheine erhalten. Dann können sie sich leichter auf die neue Situation einstellen und durch den Förderdschungel finden. Wir wollen, dass Bayern bei öffentlichen Vergaben eine Innovationspartnerschaft mit der Gründerszene eingeht. Bestehende Fördertöpfe sollen auf nachhaltige Innovationen ausgeweitet werden. Dass Bayern ein Gründerland ist, darf kein reines Lippenbekenntnis bleiben. Wie das Gründen auf bayerisch geht, wird gerade jetzt, wo viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, immer relevanter. Ich möchte, dass diese Menschen nicht an den Wolpertinger glauben müssen, sondern dass sie im Gründen eine realistische Chance für ihre Zukunft und für Bayerns Zukunft sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Schuhknecht. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bayerische Landtag und der Freistaat Bayern legen momentan einen finanziellen Kraftakt hin, wie es ihn in der Geschichte Bayerns noch nie gegeben hat. Damit werden Maßnahmenpakete und Unterstützungsmaßnahmen gerade für die kleinen und kleinsten Unternehmen im Freistaat

Bayern, also für das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft, finanziert. In der Summe sind das 60 Milliarden Euro, ist das ein Haufen Geld, wenn es tatsächlich abgerufen wird. Aber das ist auch ein Haufen Geld, den die starke bayerische Wirtschaft in der Vergangenheit erwirtschaftet hat, sodass der Freistaat Bayern diese Leistungen geben kann. Frau Schulze, ich habe deswegen wenig Verständnis dafür, dass Sie per Knopfdruck mit dem Fallbeil über viele Teile der bayerischen Wirtschaft das Urteil fällen wollen, dass sie in der Zukunft nicht mehr existenzberechtigt sind.

(Beifall bei der CSU)

Für mich ist es aber auch wichtig, dass wir alle die Kenntnis haben, dass wir auf eine große Rezession zusteuern. Der ifo-Geschäftsklimaindex untermauert dies. Er ist von 85,9 Punkten auf 74,3 Punkte abgestürzt. Das ist der niedrigste gemessene Wert und der stärkste Rückgang, den es jemals gegeben hat. Ein Minus von 16 % bei der Wirtschaftsleistung ist dramatisch. Natürlich ist es da legitim, in der Politik nach Konjunkturprogrammen zu rufen. Die Opposition hat es heute unter Beweis gestellt: Sie ist bereit, das Geld mit beiden Händen rauszuschmeißen und mit der Gießkanne über alles zu verteilen, was ihr lieb und recht ist. Ich denke aber, bevor wir solche Maßnahmen ergreifen, sollten wir uns die Frage nach der Wirksamkeit und dem Nutzen stellen.

Hier ist die Frage zu stellen, ob die Hilfe überhaupt bei den Branchen ankommt, die wir definiert haben. Ist die Hilfe zeitgerecht wirksam? Welche Abhängigkeiten gibt es, gerade in einer globalen Wirtschaft mit globalen Märkten, aber auch in einem Binnenmarkt wie dem Europäischen Binnenmarkt, den Herr Kollege Eibl angesprochen hat? Bevor wir Geld ausgeben, ist es doch viel wichtiger, dass wir die Rahmenbedingungen so strukturieren, dass wir damit wettbewerbsfähig sind und den Standort Bayern gut abbilden. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Unternehmensteuern auf 25 % senken. Der Soli muss sofort abgeschafft werden, damit Handlungsspielräume entstehen. Die Stromsteuer muss gesenkt und das EEG möglicherweise novelliert werden, damit wir endlich günstigere Strompreise für unsere Wirtschaft haben. Wir müssen auch einen

Industriestrompreis generieren, damit die Wirtschaft am Standort Bayern wettbewerbsfähig ist.

Der Staat kann aber auch weitere direkte Maßnahmen ergreifen, zum Beispiel eine steuerliche Erleichterung bei F&E-Maßnahmen. Wir fordern schon seit eh und je eine steuerliche Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden; sie wird aber auf der Bundesebene immer wieder blockiert. Wir brauchen auch vorgezogene Investitionen in die Infrastruktur, in Verkehr, Bildung oder Digitales. Der Freistaat Bayern hat schon vor Corona mit der Hightech Agenda aufgezeigt, dass er bereit ist, in die Zukunft zu investieren und dafür entsprechende Anreize zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fakt ist: Wir wissen nicht, ob die Märkte von gestern auch wieder die Märkte von morgen sein werden. Wir wissen auch nicht, wie sich die globale Welt künftig aufstellen und orientieren wird. Deshalb sollten wir es im Moment vermeiden, ein neues Korsett von grünen Verboten zu schnüren. Wir sollten stattdessen endlich Maßnahmen entwickeln, um die Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Standort zu schaffen, der Ökologie, Ökonomie und Soziales vereint, der aber auch den Staat auffordert, eine Strategie zu verfolgen, die die Abhängigkeiten berücksichtigt, denen unsere bayerische Wirtschaft ausgesetzt ist. Das ist mein Appell an die Bayerische Staatsregierung. Nach dieser Strategie müssen die Herausforderungen zwischen Staat und Wirtschaft direkt und maßgeschneidert angegangen werden. Dabei müssen auch Chancen und neue Märkte identifiziert werden. Dazu gehört auch Greentech als neue Chance und neuer Markt für Bayern.

Erst danach ist es an der Zeit, über die Maßnahmen zu sprechen, die Sie vorhin gefordert haben. Wir müssen die richtigen Akzente setzen, und zwar zielorientiert und sinnvoll. Ganz wichtig ist – das hat heute noch keiner meiner Vorrednerinnen und Vorredner angesprochen: Der Freistaat Bayern und die deutsche Wirtschaft müssen aus den Vorkommnissen der Vergangenheit Konsequenzen und Lehren ziehen, damit sich manche dieser Vorkommnisse nicht wiederholen bzw. damit wir besser darauf vorbereitet sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich bedanke mich beim Herrn Abgeordneten Kirchner. – Ich rufe Herrn Kollegen Christian Zwanziger von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf. Bitte schön, Herr Kollege Zwanziger.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Krise hat quasi in allen Bereichen des Tourismus die Lichter ausgehen lassen. Die schnellen Hilfen von Bund und Land waren deswegen richtig und wichtig. Für uns GRÜNE ist klar: Jede Lockerung muss sich am Infektionsgeschehen und am Gesundheitsschutz orientieren. Ich begrüße daher, dass die Staatsregierung dies bei ihren Ankündigungen der Lockerungen betont hat. Wir werden Sie daran messen. Für uns heißt das, für mich heißt das, dass wir kritisch evaluieren, dass wir konsequent reagieren, wenn sich Lockerungen als voreilig erwiesen haben, und dass wir – wo nötig – differenzieren, damit die Maßnahmen auch passend sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es bleiben – die Kollegen haben es schon angesprochen – in der Krise weiterhin Baustellen offen, und es bleiben auch Baustellen im Hinblick auf die Zukunft des Tourismus, im Hinblick auf nachhaltigen Tourismus offen. Die Solo-Selbstständigen im Tourismus – seien es die Gästeführer, die Wanderführer, die Bergführer, die jeden Winkel Bayerns kennen, die spannende und interessante Orte kennen –, die lassen wir gerade auf der Straße stehen. Die beklagen das, die betonen das. Die Botschaft ist längst angekommen. Wir haben das mehrfach angesprochen. Schaffen wir endlich eine Lösung. Baden-Württemberg hat das auch geschafft. Packen wir es endlich an!

Der nächste Punkt sind die vielen Reisebüros in Bayern. Überall sind sie Tag und Nacht im Einsatz. Sie sind gerade bei der Rückabwicklung von Geschäften, die sie letztes Jahr für dieses Jahr abgeschlossen haben, weil Reisen eben nicht stattfinden können. Hier ist wichtig: Lassen wir endlich auch die Kleinen von den Hilfen profitie-

ren. Es nützt nichts, wenn TUI Milliardenkredite bekommt, aber das Telefon abstellt, wie mir berichtet wurde, sodass Reisebüros TUI nur noch per E-Mail erreichen können. Wir müssen auch die Kleinen, wir müssen die Reisebüros im Blick haben. Es kann nicht sein, dass sie kundenfreundlich, Verbraucherschutzfreundlich allen Leuten bei Stornierungen ihr Geld zurückerstatten und selbst auf Geld von Veranstaltern und von größeren Playern in der Runde warten. Da brauchen wir eine Lösung. Auf Bundesebene wird ein Reisesicherungsfonds diskutiert. Ich appelliere an alle, sich dafür in ihren Parteien auf Bundesebene einzusetzen und einen solchen Reisesicherungsfonds zu unterstützen. Das wäre eine wichtige Hilfe für Reisebüros in Bayern. Die Vielfalt wollen wir auch nach der Krise noch haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn jetzt – das ist schon der Schritt aus der Krise heraus – Lockerungen kommen, dürfen wir uns alle keine Illusionen machen: Viele Unternehmerinnen und Unternehmer werden weiterhin mit Auflagen zu tun haben, die sie vor der Krise nicht hatten. Infektionsschutzmaßnahmen wird es geben. Das fängt beim Hotel an, das nicht voll belegen kann und entsprechend weniger wirtschaftlich sein wird, und geht mit Plexiglasscheiben an Kassen weiter. Bei diesen Vorkehrungen und Umbauten sollten wir unsere Unternehmerinnen und Unternehmer auch unterstützen. Das wäre ein wichtiger Beitrag. Wir müssen allen Betrieben, die durch die Corona-Krise in Schieflage geraten sind, die jetzt am Abgrund stehen, eine Brücke in die Zukunft bauen. Mein Appell lautet: Hier sind noch Hausaufgaben zu erledigen. Tun wir das, bauen wir Brücken in die Zukunft!

Für die Nachhaltigkeit des Tourismus ist das Thema Mobilität ganz wichtig. Ich finde es schade, dass der "Kreuzritter" Blume gerade schon weg ist. Mit Kreuzzügen habe ich es nicht so. Die gehören für mich ins Geschichtsbuch. Ich verstehe ehrlich gesagt – ah, da hinten! – diese Abwehrhaltung nicht. Ich habe das Gefühl, Sie bauen eine Wagenburg ums Auto und verwehren sich einer nachhaltigen Mobilität für alle, in der alle Verkehrsträger eine Rolle spielen, jeder jeweils in der passenden Rolle, damit es

ein schlüssiges Gesamtkonzept ist. Also: Hören Sie auf, die Wagenburg zu bauen, und die Kreuzzüge lassen wir im Geschichtsbuch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für eine nachhaltige Mobilität wäre doch zum Beispiel – Herr Kirchner, das wird Ihnen gefallen, ich habe Angebote, nicht Ordnungspolitik, die Sie sonst auch nicht scheuen, im Angebot – ein europäisches Nachtzugsystem machbar, mit dem man subventionierte Kurzstreckenflüge obsolet machen kann, weil das Angebot einfach da ist. Das könnten wir doch schaffen. Oder, wenn Sie es in Bayern haben wollen: Wie wäre es denn, wenn wir in Bayern den Nahverkehr auch an touristischen Nachfragen orientieren und dort mehr bestellen? – Einen entsprechenden Antrag haben Herr Kollege Markus Büchler und ich vorgelegt. Diesen werden wir in der nächsten Ausschusssitzung behandeln. Das können wir hier und heute beschließen: Mehr Züge in Bayern, damit der touristische Verkehr auch weiterläuft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Viele von uns entdecken in diesen Zeiten ja vielleicht den einen oder anderen Winkel in der Nähe neu. Nachhaltiger Tourismus ist für mich als Geograf aber nicht allein ein Einigeln in Heimatnähe, sondern das ist für mich vor allem bewusstes Reisen, Genießen, Wertschöpfung vor Ort, das Reiseziel wertschätzen. Nachhaltiger Tourismus bedeutet für mich – die Kollegen haben es schon an anderer Stelle gesagt – ein Ende vom "höher, schneller, weiter". Statt jedes Jahr neue Übernachtungsrekorde zu feiern, kommt es doch darauf an, dass die Wertschöpfung vor Ort passt. Regionales Essen, möglichst in Bio-Qualität, ist ein Beitrag, und intakte Natur, die wir schon deswegen schützen müssen, weil sonst unsere wichtigste Grundlage für den Tourismus kaputtgeht. Wir alle gemeinsam schaffen das. Die Branche hat viel Fachwissen. Sorgen wir dafür, dass der Tourismus weiterhin eine tragende Säule der bayerischen Wirtschaft ist. Sorgen wir dafür, dass die tragende Säule nachhaltiger wird!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Zwanziger. – Um das Wort gebeten hat der zuständige Staatsminister Aiwanger. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona-Krise, Wirtschaftskrise – das sind Begriffe, die ineinander übergehen, Begriffe und Themen, die nach Lösungen suchen. Wir sind teilweise in ideologischen Debatten hängen geblieben, aber es war wichtig, die Dinge aufzurufen, und es war wichtig, die Dinge zu beleuchten. Ich stelle mich auch aller Kritik und allen Fragen.

Wenn wir in Bayern momentan knapp zwei Millionen Menschen in Kurzarbeit in über 120.000 Betrieben haben und davon 350.000 Mitarbeiter aus der Automobilbranche stammen, dann ist das schon einmal die erste Erklärung dafür, warum ich mich für Kaufanreize in der Automobilbranche einsetze. Wenn jetzt die FDP sagt, das seien dann bestenfalls vorweggenommene Kaufentscheidungen, dann sage ich: Jawohl, genau die brauche ich momentan. Ich brauche für die Autoproduzenten und für die Autohändler aktuell möglichst schnell ein Signal, dass jemand wieder ein Auto kaufen will, und nicht erst Anfang nächsten Jahres, damit der Betreffende nicht sagt: Ich warte mal ab, wie sich die Krise entwickelt, ich warte mal ab, ob ich dann noch Geld auf dem Konto habe, ich warte mal meine Kaufkraft ab. – Nein, wir wollen jetzt eben genau *die* Anreize setzen.

Komischerweise ist das nicht nur die Meinung der FREIEN WÄHLER, sondern das ist auch die Meinung eines schwarzen Ministerpräsidenten in Bayern, eines grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg und eines roten in Niedersachsen. Wir befinden uns hier also in guter Gesellschaft all derjenigen, die die Realität vor Augen haben. Das heißt: Bei der Auto-Frage ist kein Platz für Ideologie, sondern hier geht es darum, Arbeitsplätze zu sichern, Wohlstand zu sichern und Mobilität zu sichern. Individuelle Mobilität ist wichtiger denn je in Zeiten, in denen wir die Schulen nur begrenzt schnell hochschalten können, weil wir sonst überfüllten ÖPNV befürchten, und in

denen wir froh sind, dass Eltern ihre Kinder noch mit einem Auto zur Schule fahren können. Ich muss ganz klar sagen, dass es in der Vergangenheit ein Fehler war – auch von der ökologischen und grünen Seite –, das Auto zu verteufeln. Seien wir froh, dass wir das Auto haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei geht es auch darum, nicht nur auf das Elektroauto zu setzen. Komischerweise haben Sie gegen die Kaufprämien bei den Elektroautos nie gewettert.

(Zuruf)

Wenn wir andere Autos sehen, die entsprechend ökologisch aufgestellt sind, die modernste Verbrennungsmotoren haben, die einen Wasserstoffantrieb haben, die andere Antriebsformen haben, die unter dem Strich genauso ökologisch sind wie das reine Elektroauto, dann bin ich der Überzeugung, dass wir von über 90 % der Autokunden, die nach wie vor genau diese Autos wollen, nicht sagen können, über 90 % sind auf dem Holzweg und haben das falsche Auto im Visier, sondern sie sehen einfach die Realität, dass sie mit diesem Modell heute vielleicht noch glücklicher werden als mit anderen Modellen. Ich will gar nicht gegen batterieelektrische Autos reden. Auch die wollen wir produzieren und verkaufen. Aber seien Sie doch an dieser Stelle mal so tolerant, wie Sie es an vielen anderen Stellen gesellschaftspolitisch einfordern, und tolerieren Sie auch die Meinung von 90 % der Bürger, die andere Autos kaufen wollen, als Sie es ihnen vorschreiben wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun geht es darum, aus dieser Krise herauszukommen, indem wir gezielt die Branchen wieder in Schwung bringen. Die Autobranche gehört mit Sicherheit ganz vorne mit dazu. Es gehört aber auch das Handwerk dazu, das nur dann Arbeit findet, wenn die Leitindustrien voranmarschieren und wieder Arbeit finden und wenn die Menschen wieder Zukunftshoffnung schöpfen.

Deshalb war es heute auch goldrichtig, diese Exit-Strategie mit diesem Zeitplan vorzustellen, damit die Menschen wieder ihre Häuser renovieren lassen, in ihre Gärten investieren, wo auch immer wieder Geld ausgeben, damit wieder Steuereinnahmen kommen und wir uns das Soziale, das Sie ja so beschwören, überhaupt leisten können. Auch hier erlauben Sie mir den Seitenhieb: Sie sprechen von sozialer Transformation, die man vorantreiben müsse. Diese Aussage ist mir nicht ganz geheuer. Was genau wollen Sie denn vorantreiben? –Es sind in den letzten Monaten gerade auch aus der Öko-Ecke teilweise Sprüche gekommen, die menschenfeindlich waren. Man hat gesagt, die Alten sollten in der Klimadebatte nicht mehr mitreden, sie seien eh nicht mehr lange da – ein Originalzitat aus der Fridays-for-Future-Branche. Die Aussagen anderer Parteikollegen will ich Ihnen gar nicht vorhalten, die mit noch deutlicheren Aussagen gegen die ältere Generation aufgewartet haben. Hier blickt und blinzelt unter der Überschrift "ökologisch" und "sozialen Wandel vorantreiben" teilweise Menschenfeindlichkeit durch. Ich bin der Überzeugung, wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten, dürfen nicht Alt gegen Jung, Stadt gegen Land usw. ausspielen, sondern müssen die Gesellschaft als Ganzes vorantreiben, die Gesellschaft zukunftsfähig halten.

Dazu gehört ein starker Wirtschaftsstandort, dazu gehören aber auch die Fakten, wenn wir die ökologischen Themen vertiefen wollen, die Energiewende. Bayern hat ein PV-Speicherprogramm aufgelegt. Ich kenne so etwas derzeit von keinem anderen Bundesland. Ich glaube, in elf Bundesländern regieren die GRÜNEN mit. Wir haben mittlerweile 15.000 Anträge auf PV-Speicher durch. Wir haben in den ersten beiden Ausschreibungsrunden dieses Jahres 57 Ausschreibungen für PV-Freiflächenanlagen gewonnen. Wissen Sie, wie viele Anlagen alle grün-regierten Länder insgesamt gewonnen haben? – Acht. Da können sie also von Bayern lernen.

Wir wollen uns aber nicht auf die Schulter klopfen, sondern wir wollen noch besser werden. Wir wollen die Zahl von 70 Freiflächen-PV-Anlagen, die wir heuer voraussicht-

lich schon zur Jahresmitte erreicht haben werden, noch ausweiten. Das werden wir in den nächsten Tagen diskutieren. Wir wollen dort weiter vorankommen.

Wir sind auch bei den Ladesäulen weiter als Baden-Württemberg und Hessen. Wir haben 5.600 Elektro-Ladesäulen; das entspricht in etwa der Summe der Ladesäulen in Baden-Württemberg und in Hessen. Also, auch da brauchen wir uns nicht zu verstecken und sind gut unterwegs.

Ich glaube, dass wir auch sonst die Dinge beim Namen nennen dürfen. Zuletzt ist das Thema der Soforthilfen genannt worden. Natürlich hätten wir das Geld gerne binnen drei Tagen per Knopfdruck auf die Konten aller berechtigten Antragsteller überwiesen. Aber wer sagt uns denn, wer berechtigt ist? Heutige Zahlen: Über 230.000 Anträge wurden bearbeitet, 39.000 mussten abgelehnt werden – das heißt, eine Ablehnungsquote zwischen 15 und 20 %. Wenn wir ohne Prüfung einfach Geld ausbezahlt hätten, wie es andere Bundesländer gemacht haben, hätten wir am Ende Hunderte Millionen Euro ausbezahlt. Wer stellt sich vor den Beamten, vor den Regierungspräsidenten oder den Minister, der diese Auszahlungen zu verantworten hat? – Keiner. Im Nachhinein würden der Oberste Rechnungshof und viele andere, die es dann besser wüssten, sagen: Das geht doch nicht, ihr habt Hunderte Millionen Euro überwiesen. – Andere Bundesländer mussten die Auszahlungen mehrmals stoppen, weil es kriminelle Machenschaften gab und systematisch betrogen worden ist, was man aber erst bemerkt hat, als das Geld schon ausbezahlt war. Ich hoffe, dass uns das nicht passiert. Man kann es nicht ausschließen. Aber schon alleine angesichts dieser Zahl unberechtigter Antragsteller müssen wir uns vor die Bearbeiter stellen. Das sind mittlerweile mehr als tausend Personen, teilweise bis zu 1.400 Menschen, die von anderen Bereichen abgezogen wurden, um die Soforthilfen an den Mann und an die Frau zu bringen. Mittlerweile wurden 1,4 Milliarden Euro an knapp 200.000 Berechtigte ausbezahlt. Diese Zahlen sind in meinen Augen atemberaubend gut.

Natürlich hätte man alles gerne noch schneller, vielleicht hätten wir nächstes Mal ein noch besseres, digitalisiertes Programm; aber es gibt eben genaue Kriterien, wer die-

ses Geld bekommen kann. Einige Bundesländer haben es damit nicht so genau genommen und haben das Geld auch an Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern, deren Förderung vom Bund übernommen werden soll, ausbezahlt, also auch an Personenkreise, für die der Bund die Mittel ausdrücklich nicht freigibt, weil der SPD-Bundesfinanzminister Scholz sagt, diese Kreise seien ausdrücklich nicht erfasst. Wenn ich meine Beamten oder die Beamten in den Regierungen anweisen würde, das trotzdem zu tun, würden wir hier in wenigen Wochen darüber diskutieren, wer die paar Hundert Millionen Euro zu verantworten hat, die an viele, viele Menschen gezahlt worden wären – so hart das ist –, die vielleicht nicht umfasst sind. Das heißt nicht, dass ich für sie kein Herz habe: die Schausteller, die Marktkaufleute, viele Solo-Selbstständige oder Künstler, die vielleicht nicht über die Künstlersozialversicherung erfasst sind. Wir werden noch darüber reden müssen, ob man da irgendwo nachbessert. Aber ich kann nicht per se sagen, jeder einzelne Solo-Selbstständige kann auf dieses Geld hoffen.

Ich sage noch eines dazu: Für diese Personen wurde die Grundsicherung sperrangelweit geöffnet. Man muss keine Liquidität mehr nachweisen. Wer zwischen 1. Mai und Ende Juni einen Antrag stellt, dem wird die Grundsicherung für sechs Monate ohne weitere Prüfung seiner Besitzverhältnisse bevorzugt zugewiesen. Die Soforthilfe soll Unternehmen sichern. Für den privaten Lebensunterhalt gilt die Grundsicherung. Sie ist in vielen Fällen besser und höher als das, was man über regionale bayerische Gelder abdecken könnte.

Die Grundsicherung sind Bundesmittel. Natürlich könnten wir das alles aus der linken und der rechten Tasche des Freistaates Bayern bezahlen. Dann hätten wir am Ende eine Milliarde bis zwei Milliarden Euro bayerisches Geld für Hilfen ausgegeben, für die eigentlich der Bund ein wirksames Instrument hätte. Wenn der Bezieher aber das Geld des Freistaates Bayern in der Tasche hat, dann würde er keine Grundsicherung mehr bekommen. Wir würden also mit bayerischem Geld für den Bund in Vorleistung gehen, und am Ende hätte der Bezieher noch weniger, als wenn er Grundsicherung beantragen würde. Wir müssen also genau darauf achten, keine großen Fehler zu machen

und nicht den Weihnachtsmann zu spielen, dann aber in ein paar Wochen der Buhmann zu sein und eine Milliardenauszahlung verantworten zu müssen, die wir in ökologische, in soziale oder in Verkehrssystemprojekte usw. in Bayern hätten investieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In dieser Krise haben wir im Rahmen des Möglichen in schneller Weise Finanzhilfen auf den Weg gebracht. Ich betone: Das war keine Entwicklung, die wir vorhersehen konnten. Vor sechs Wochen wussten wir nicht, ob wir in der völligen Apokalypse enden würden wie Italien oder ob es sich nur um eine harmlose Grippe handelt, wie andere sagen. Irgendwo dazwischen sind wir gelandet. Keiner wusste genau, wie es ausgehen würde. Wir haben in schneller Weise Finanzhilfen auf den Weg gebracht. Wir haben die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontakte durch unsere Beschränkungen schnell reduziert und sehen jetzt eine Entwicklung, in der wir es für verantwortlich halten, die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben wieder hochzufahren. Das tun wir ab heute wieder sehr deutlich. Die finanziellen Unterstützungen sind da, die politischen Werkzeuge sind da. Ich danke allen für die Debatten und sage noch mal: Ich glaube, Bayern ist auf dem richtigen Weg. Man weiß das erst nachher. Aber die Fehler sind bisher nicht so groß, die wir gemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.